

„Die Giche“

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Abonnementspreis pro Monat: 100 Mk. Grundpreis mal Schlüsselzahl des Postzeitungspreises. Gr. 1.

Alle Zuschriften für die „Giche“ an Fr. Barnhoff, Ullm a. D., Postfach 47, Telefon 1442. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Poststücke sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 292. Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 292. Postfachkonto 89 321 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720.

Anzeigen, die sechsfach gespaltene Pettzeile 100000, Arbeitsmarkt 50000 M., Anzeigen von Ortsvereinen 30000 M.

Dennoch!

Von Frau Ministerialrat Gertrud Bäumer, M. d. R.

Das deutsche Volk hat den Widerstand gegen den Ruhrbruch nicht mehr aufrecht erhalten können. In Uebereinstimmung mit der Bevölkerung des besetzten Gebietes hat die deutsche Regierung die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 11. Januar aufgehoben und damit die Demobilisierung des passiven Kampfes von acht Monaten angeordnet.

Es braucht nicht erst dargelegt zu werden, warum der Kampf nicht mehr fortgesetzt werden konnte. Eine Meinungsverschiedenheit über die Annehmlichkeit hat kaum bestanden, selbst nicht in den Kreisen, die der Regierung heute ihre Zustimmung zu ihrem Entschluß versagen. Um so notwendiger ist die Klärung der nun bestehenden Sachlage. Alles wird darauf ankommen, daß sich bei dem Rückzug, zu dem wir gezwungen sind, die Reihen des deutschen Volkes nicht auflösen und daß für die unabsehbare schwere Aufgabe, die nun vor uns steht, eine innere Geschlossenheit geschaffen wird.

Die Abrechnung über die gegenwärtige Lage tritt heute in zwei ganz verschiedenen Formen hervor. Die eine ist die Form solcher Leute, die sozusagen von vornherein *à la baisse* spekuliert haben, denen der passive Widerstand als eine Form des Heroismus schon an sich fatal war und die nun sagen: Seht Ihr, man hätte das nicht versuchen sollen! Diese intellektuellen Hyänen auf den Feldern verlorener Schlachten dürfen wir nicht aufkommen lassen. Der passive Widerstand darf nicht nach seinem greifbaren politischen Erfolg, er muß nach seiner moralischen Notwendigkeit bewertet werden. Und wenn er von vornherein zur Verbesserung unserer außenpolitischen Lage noch aussichtslos gewesen wäre — wir hätten ihn auf uns nehmen müssen, als Protest gegen den an uns begangenen Rechtsbruch. Es gibt tragische Pflichten, die das Schicksal einem Volke auferlegt, und die größer sind, als alle Augenblicksflughelten. Und ebenso wie es ein Verbrechen an unserem Volk und eine Sünde gegen seinen heiligsten Geist war, es an der Größe seines nationalen Widerstandes durch vier Jahre Weltkrieg nachträglich irre zu machen, so ist es heute ein trauriger und gemeiner Totengräberdienst am sittlichen Selbstbewußtsein der Nation, das Stück Heroismus, das diese acht Monate darstellten, als eine politische Lortheit herunterzuziehen. Wenn es — auf den praktischen Erfolg hin angesehen — eine Lortheit war; wir mußten sie begehen und wir wollten sie begehen.

Am Plage ist aber eine andere Abrechnung; die mit den tatsächlichen Unzulänglichkeiten, die sich bei der Durchführung des passiven Widerstandes gezeigt haben. Diese moralische und politische Inventur ist notwendig, damit wir den neuen Anfang finden und uns nichts weismachen. Es muß klar und unumwunden gesagt werden: das deutsche Volk war moralisch und die deutsche Regierung war politisch nicht auf der Höhe der Aufgabe, die der passive Widerstand stellte. Das erste ist noch viel wesentlicher als das zweite. Man kann sich eines sehr bitteren Gefühls nicht erwehren, wenn dieselben Kreise, die durch ihren Egoismus oder ihre politische Obstruktion alle Versuche zerschlugen, den Reichshaushalt zur Finanzierung des passiven Widerstandes stärker zu machen als er war, heute als Führer einer pseudoheroischen Stimmungsmache auftreten. Es muß ganz unumwunden gesagt werden, daß unter der Führung wirtschaftlicher Interessengruppen, deren Gedanken, milde ausgedrückt, nahezu ausschließlich um ihren Vorteil konzentriert sind, unser Volk zur nationalen Einflügelung der Gedanken im Gefühlskreis standesgesellschaftlicher Interessen, dieser unheilvollen Vergeltung des nackten Egoismus zur sakrosankten Standespflicht haben sich unterschiedslos alle Wirtschaftsverbände schuldig gemacht. Die dadurch entstandene nicht-haltsegoistische Verumpfung der nationalen Sittlichkeit ist innerpolitisch und außenpolitisch unser Verhängnis.

Die Schwäche der Regierung während der Führung des Ruhrkampfes beruhte einerseits auf dieser durch den organisierten und unorganisierten wirtschaftlichen Geschäftsbedingungen Schwäche der Staatsautorität überhaupt. Sie war aber auch durch individuelle Mängel verstärkt. Die lag weniger beim Kanzler als beim Finanzminister, der es mit ansah, daß des Rückenwagnis an der Ruhr und das *laissez-faire* der Finanzpolitik in einem ununterbrochenen Widerpruch mit einander geriet. Das war allem war die Achillesferse unseres Kampfes. —

Jetzt geht wieder eine gewaltige Erschütterung des nationalen Gefühls durch unser Volk. Wird es die richtige Tat gebären? Alles steht auf dem Spiel; das Rheinland und die Einheit des Reiches. Nicht der Impuls eines noch so heißen, starken Gefühls, sondern besonnenstes Insaugfassen dieser Gefahren muß die Politik diktiert. — Denn jetzt beginnt der diplomatische Kampf um das Rheinland. — Nachdem wir dem Rechtsbruch der Ruhrbesetzung keinen Widerstand mehr entgegensetzen können, kommt unsere Politik in einen schweren Konflikt zwischen dem grundsätzlich und dem praktisch Richtigen. Poincaré hat unser Recht mit Füßen getreten. Der Einmarsch in die Ruhr war die Erklärung des Gewaltzustandes. Wir haben, da wir kein Heer hatten, passiven Widerstand geleistet, solange es möglich war. Keiner der Garantien des Friedensvertrags hat uns geholfen unser Recht zu schützen, trotzdem sie den Rechtsbruch als solchen anerkannt haben. Nun können wir nicht mehr. Aber damit können wir Gewalt nicht als Recht anerkennen. Folgerichtig müßten wir uns weigern, mit Frankreich zu verhandeln. Keine deutsche Behörde mit keiner französischen Behörde. Damit nicht der leibste Anschein eines Einverständnisses mit dem bestehenden Zustande oder einer Mitwirkung auf seiner Grundlage entstände. — Aber das ist nicht möglich. Um des besetzten Gebietes willen nicht, dessen Bevölkerung durch den deutschen Staat vertreten werden muß. Wer soll sie denn sonst vertreten? Es hieße Verzicht auf die deutsche Souveränität. Es hieße Auslieferung der deutschen Bevölkerung an die Separatisten, es hieße Auflösung jeder einheitlichen Vertretung des besetzten Gebietes gegenüber den Okkupationsbehörden. Merkwürdige Nationalisten, die so etwas empfehlen. Im Gegenteil, alles wird darauf ankommen, daß die deutsche Führung im besetzten Gebiet so stark und sicher wie irgend möglich ist. Daß die Ueberleitung zur Arbeit, die Wiederbelebung der Wirtschaft sich unter wirksamer Leitung der deutschen Behörden vollzieht. Niemand im besetzten Gebiet darf ohne Befehl und Führung der Auseinandersetzung mit den Okkupationsbehörden überlassen werden. Das bedeutet Zerfall und Verwirrung und genau den Zustand, aus dem der Separatismus am leichtesten Kapital schlagen kann. Was jetzt kommt, ist moralisch noch schwerer, als der passive Widerstand.

Eingabe des Gewerkschaftsrings.

An das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die schwierige Ernährungslage kann in diesem Augenblick mehr denn je Ursache verhängnisvoller innerpolitischer Unruhen werden. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände gestattete sich daher, an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft heranzutreten, mit der dringenden Bitte, alles zu tun, um eine Stockung in der Versorgung der Bevölkerung möglichst zu vermeiden. Die Schwierigkeiten können nicht nur durch geringe Zufuhr verursacht werden sie sind auch unvermeidlich bei Ansteigen der Preise, denen sich die Kaufkraft der Bevölkerung in den notwendigen Maßstab anpassen kann. Es erscheint uns daher dringend geboten, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einmal alle Mittel und Wege bemüht, um die regelmäßige Zufuhr an Lebensmitteln zu sichern, zum andern durch energisches Zugreifen dem gefährlichen weiteren Anziehen der Preise entgegen wirkt und streng darüber wacht, daß alle zur menschlichen Ernährung notwendigen Nahrungsmittel so zur Anwendung gelangen, wie es für die Ernährung der Bevölkerung zweckmäßig erscheint. Wir beantragen daher:

1. Daß unverzüglich auf das Verkehrsministerium dahin gewirkt werde, daß die für die Kartesellzufuhr der Städte notwendigen Eisenbahnwagen rechtzeitig bereit gestellt werden damit nirgendwo ein Erfriren der Kartesellen durch Transportschwierigkeiten herbeigeführt wird.
2. Daß die Frachten für die Kartoffeltransporte auch in diesem Jahre weiter ermäßigt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Eisenbahn bei den Kartoffeltransporten keine Gewinne erzielt.
3. Eine Preisbeeinflussung sowohl durch strenge Ueberwachung der Preisbildung bei den Produzenten als auch durch größere Einfuhr der notwendigen Lebensmittel aus dem Ausland. Die Kosten, die durch Beeinflussung der Inflationspreisbildung für die Einfuhr aufgewandt werden, machen sich für das Reich durch geringeres Ansteigen der Lebens- und Güterpreise bezahlt. Die verringerten die durch die Preisbeeinflussung herbeigeführte dauernde Bemerkung

der Arbeitenden und machen die in Lohnkämpfen aufgewandten Kräfte zu produktiver Arbeit frei.

4. Eine Ueberwachung der Verwendung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit dem Ziele der bestmöglichen Ausnutzung für die Volksernährung, insbesondere erscheint uns eine Einschränkung des Viehbestandes zur Verhinderung des Verfütterns notwendiger Lebensmittel und eine Beeinflussung der Bearbeitung der heimischen Bodenerzeugnisse, des Ausmahlens des Getreides, des Verarbeitens von Kartoffeln und Rüben dringend geboten. Wir halten ein staatliches Eingreifen nach dieser Richtung auch ohne Einführung einer vollständig gebundenen Wirtschaft für durchführbar und bitten das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft dringend, keine Maßnahmen zu unterlassen, die Ernährungsschwierigkeiten und damit innerpolitische Gefahren zu beseitigen in der Lage sind.

Entschließung des deutschen Gewerkschaftsrings.

Der deutsche Gewerkschaftsring hat am 6. Oktober in einer Vorstandsitzung folgende Entschließung über die politische Lage gefaßt:

„Ueber den Weg der parlamentarischen Krise suchten staatspolitisch unverantwortliche Gruppen innerhalb und außerhalb der Regierungskoalition die sozial- und wirtschaftspolitische Reaktion aufzurichten. Die Auser im Streit gegen den Achtstundentag haben dem Staat bisher die für die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erforderlichen Mittel verweigert. Von diesem Gleichgewicht aber ist die Stabilisierung der Währung und von dieser bei gleichzeitiger Produktionshebung die Gesundheit der Wirtschaft abhängig. Wenn der Vorstoß gegen das Kabinett Stresemann von staatsbehaltenden Gedanken ausgegangen wäre, so hätte er in der primären Forderung einer ausreichenden Besteuerung des Besitzes gipfeln müssen. Daß die Frage der Arbeitszeit allein in das Feminis wirtschaftlicher Gesundung bezeichnet wurde, berechtigt zu der Befürchtung, daß eine einseitig gegen die Arbeitnehmer gerichtete Politik eingeschlagen werden soll. Der Kampf geht nicht so sehr um die Arbeitszeit, über die zwischen den Beteiligten im Reichswirtschaftsrat eine Verständigung erzielt wurde, sondern um die Aushöhung der geschlichen Bestimmungen, die den sozialen Frieden unter möglichster Vermeidung produktionshindernder Machtkämpfe sichern soll. Die im Gewerkschaftsring organisierten Arbeitnehmer verkennen nicht die schwierige Lage, in der Staat und Wirtschaft sich befinden, sie sind bereit, in der Lösung der schwierigen Aufgabe mitzuarbeiten, sie verlangen aber die sofortige Mobilmachung der Wehrpflicht des Besitzes. Sie halten es für unvereinbar mit echter Staatsgesinnung, daß den Arbeitnehmern einseitig Verzicht zugemutet werden, während die Unternehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft jeden Versuch einer gerechten Steuergesetzgebung hartnäckig verhindern.“

Aufhebung der Ausfuhrkontrolle.

Die Unternehmerpresse, besonders aus Händlerkreisen hat dauernd Sturm gelaufen gegen die Ausfuhrkontrolle. Freies Spiel der Kräfte war ihre Parole, d. h. jedem Unternehmer sollte gestattet werden, seine Ware an das Ausland abzugeben, ganz gleich, ob dabei die heimische Industrie schwer darunter leidet, oder unserem Volksermögen dauernd Werte entzogen wurden. Ganz besonders unliebsam empfunden wurde es seitens der Unternehmerkreise, daß die Arbeitnehmer bei der Ausfuhrkontrolle mit zu reden hatten. Jetzt hat man es endlich geschafft. Der Minister Kaumer glaubte dem Drängen nachgeben zu müssen. Durch eine Verordnung sind die Außenhandelskontrollen aufgehoben worden. Im Interesse der Volkswirtschaft ist dies außerordentlich zu bedauern, ja man kann bestreiten, daß kurz oder lang die Grenzen derjenigen Länder, an welche wir exportiert haben, geschlossen werden. Zum Schutz der dortigen Industrie, das es weite Kreise des Unternehmertums gibt, die ihre Ware nach dem Ausland verschleudern. In den wenigen Tagen nach Aufhebung der Außenhandelskontrollen sind bereits ungeheure Werte verschleudert worden. Bezeichnend ist die Tatsache, daß Kreise, die vorher gegen eine starke Kontrolle mit Sturm gelaufen haben, jetzt dazu übergehen, private Preiskontrollen einzuführen. So hat der Verband Deutscher Bank- und Kassenfabrikanten mit der Mehrheit der Beteiligung freier Transportveranstalter E. B. beschlossen,

